

Auffiehererregende Entlarvung der alldentschen Lügenkampagne in Oberschlesien.

Vorwort.

Die deutschen Zeitungen haben es sich zur Gewohnheit gemacht, die politische Anklärungs- und Bleibizität als eine milde Bege gegen das Zuchtum hinzustellen. Seit der Proklamierung des deutschen Beamten- und Arbeitergeneralfreies wegen der angeblichen Vergeßlichkeit der deutschen Rechte durch die Internationale Kommission bis zur Entzerrung der deutschen Lügenkampagne mit den gefälschten polnischen Geheimbefehlen und der neuerlichen Entdeckung des amüsanten deutschen Spionageapparats ist in dem deutschen politischen Bereich ein gewisser Abbruch erzielt worden. Das uns jetzt zur Verfügung stehende Material gestattet einen Ueberblick über die Art und Weise, wie die Majorität des polnischen Volkes einerseits und die bannlos habsburgische Obrigkeit andererseits ihre Abstimmungsgesamtheit betreiben. Der objektive Leser möge sich aus dem Inhalt der Broschüre selbst ein Urteil bilden, auf welchen Seite Lüge, Betrug und Fälschung getrieben wird. Wir empfehlen die Festsätze dieser Schrift besonders denjenigen Oberbehörden, die nur deutsche Zeitungen lesen und infolge der einseitigen tendenziösen Darstellung geneigt sind, alles Schlechte nur auf polnischer Seite zu erblicken.

Das polnische Volk in Oberschlesien ist fest entschlossen, sich am Abstimmungstage für den Anschluß an Polen zu erklären, um von seinem alten Bedrucker für immer loszukommen. An diesem festen Willen kann die größte deutsche Propaganda, die raffiniertesten Agitationstricks, der umfassendste Terror der Sicherheitswehr, überhaupt keine Macht der Welt etwas ändern. Der wohlgemeinte Rat, den die Polen den Deutschen gegeben haben, sich gegenüber der Bevölkerung loyal zu verhalten und das große polnische Verleumdungswort nicht unruhig zu führen, wurde in ungläubiger Verleumdung der wahren Sachlage abgelehnt. Die deutschen Habsburger ziehen es vor, ihre Kräfte an einem gänzlich untauglichen Objekt zu verschwenden und sich dadurch die Feindschaft der einheitlichen Bevölkerung zuzuziehen. Achtzig Prozent des ober-schlesischen Volkes haben den Behauptungsanspruch der hochmächtigen deutschen Obrigkeit aufgenommen und sind gesonnen, den Kampf in würdiger, aber sehr entschlossener Weise zu Ende zu führen. Der Erfolg kann keinem Zweifel unterliegen. Das wissen auch die obersten habsburgischen Drahtzieher, denn die meisten von ihnen haben sich ihre Posten in Deutschland bereits gesichert und führen hier ein Va banque-Spiel. Zu bedauern sind aber alle diejenigen geborenen Oberbehörden, die sich den Luxus des Fortzuges nicht leisten können und in ihrer Verblendung ihren einsigen Zwangsherrn Gehorsam leisten.

Möge die Lesüre der vorliegenden Schrift den irreführenden deutschen Bevölkerungssichtweisen in Oberschlesien die Augen öffnen und sie die große Gefahr erkennen lassen, in die sie anweilerlich geraten müssen, wenn sie nicht euhzeitig den Aufbruch an eine polnische Organisation suchen.

Der Kampf gegen die Besatzungsbehörden.

Anfang April wurde auf Anregung von Berlin und besonders durch die Initiative der ober-schlesischen Habsburgerhändler ein Beamten- und Arbeiterstreik zu provozieren versucht, um die Franzosen aus Oberschlesien herauszudrängen. In diesem Zweck wurden schon vorher von den ober-schlesischen und Breslauer Zeitungen die tollsten Lügen über die Ententetruppen ausgebreitet. Hamsterautos, wahnstinnige Löhnungen, Vergewaltigungen, Passantenbelästigungen und alle möglichen Uebergriffe, die sich die Ententetruppen angeblich zu Schulden kommen ließen, wurden in sensationellster Aufmachung dem deutschen Leser angetischt. Die Ausweisung einzelner unbarmherziger Richter bot den alldentschen Drahtziehern willkommene Gelegenheit,



500462

Die Beamten der Justizbehörden zu Protesten und Streiks zu veranlassen. Ein solches unpolitischer Zwischenfall, wie die Entführung des Oppelner Bürgers Blazek, wurde zu einem Protest-Rummel benutzt, der weit über das Maß der Sache hinausging. Anlässlich des Generalstreiks in Oppeln wurden viele unzufriedene Personen für die Abgabe einer Resolution gewonnen, die in donnernder Sprache im Namen der oberchlesischen Arbeiterschaft gegen alles mögliche protestierten u. a. auch gegen die Ausweisung der Beamten und gegen das Verbot der politischen Wahlen. Gleichzeitige sangen die angestutzten Post- und Eisenbahnbeamten an, sich mit den Postbeamten solidarisch zu erklären. Man forderte die Unverletzbarkeit der Beamten, die sofortige Aufhebung aller Verordnungen, die die Verbindung mit dem Mutterlande beschränken, Anerkennung der Arbeitslosigkeit usw. usw. Proteste folgten auf Proteste. Die Bspplacht bedrohte Oberschlesien gesun dheitlich. Der „Volkswille“ der ebenfalls im Fahrwasser des Verbleibens bei Deutschland um jeden Preis segelt, sprach von Stützendämmung, die alldentsche Presse janzbarer Gewitterschwüle in Oberschlesien!

Parallel mit der deutschen Herrpolitik gegen die Besatzungsbehörden wurde über Polen gelogen, daß die Wollen frachten. Wiken sei gefallen, 40 Kilometer von Warschau entfernt ständen die Polischen, Warschau sei in Flammen getaucht, die polnische Regierung sei nach Bromberg geflohen, Bromberg werde bedroht, die Hallerarmee deklarierte in Massen, na und so fort. Der Oberschlesier sollte schamlos und müde gemacht werden. Schließlich wurde der ganze alldentsche Schwindel mit den wirtschaftlichen Forderungen der oberchlesischen Angestellten, mit dem drückenden Generalstreik verblendet. Die Stimmführer erwarteten den wogen Generalstreik gegen die Generalkommission wie eine Erlösung. Die Arbeitgeber neigten sich ostentativ halbstarrig und schurkelten im Stillen über die Dinge, die da kommen sollten.

In diesen gährenden alldentschen Nacht fielen gütlich unerwartet einige Vermittlungsaktionen in Form eines Schablatte des politischen Plebiszit-Kommissariats. Das Flugblatt, sowie die nachfolgenden Neuformungen des Kommissariats warnten die Anwohner vor dem Lohnwoboh-Schrei, der die Feinde des polnischen Volkes schmeckten, traten die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Angestellten von den alldentschen politischen Endschleimern, rissen den alldentschen Drahtziehern die Maske vom Gesicht und kündigten den Widerstand der geschlossenen polnischen Phalang an. Die klare Kundgebung, daß nach Unterdrückung des politischen Streiks und nach Wiederherstellung der Ruhe in Oberschlesien das polnische Plebiszit-Kommissariat, sowie sämtliche polnische Organisationen voll und ganz für die wirtschaftlichen Forderungen der oberchlesischen Anwohner eintreten würden, schlug im Lager der dunklen Politiker, wie eine Bombe ein. Gleichzeitig gelang es polnischerseits die Entente für eine Vermittlungsaktion zu gewinnen. Im Hinblick auf die angelaute polnische Unterstützung zeigten sich die deutschen Arbeitgeber zum Nachgeben bereit. Es kam eine Einigung zu Stande und der von den Deutschen betriebene Generalstreik wurde Dank der polnischen Initiative aus der Welt geschafft. Das war für die deutschen Arbeitgeber der einzige Ausweg, da die Aussicht binnen kurzem durch das aktive Eingreifen der polnischen Arbeiterschaft zu Gunsten der Ange-

stellten eine schwere Niederlage zu erleben, den strategischen Rückschlag als unumgänglich notwendig erscheinen ließ.

Der Dieb Norimant hat gefessen! Ein grenzenloses Wutgebrüll ertönte aus dem kaskadischen Blätterwalde und man wendete in Ermangelung besserer Waffen die alte Gaunerlist an: Haltet den Dieb! Um die Niederlage zu vertuschen, wurde der Sachverhalt direkt auf den Kopf gestellt.

Beginn der deutschen Lügenkampagne.

Wie auf Kommando erschienen in sämtlichen deutschen Zeitungen Alarmberichte über polnische Putschabsichten in Oberschlesien. Die neue Parole lautete: Nicht die Deutschen, sondern die Polen verletzten die Ordnung und Ruhe in Oberschlesien zu stören. Das Wolffsche Telegraphenbüro und die Telegraphen-Agentur von Zürich griffen ebenfalls in den Kampf der Lüge und Verleumdung ein. Aus dem vorjährigen Papierkorb wurde eine Savasdepesche hervorgezogen, nach der die Polen mit der Besetzung deutscher Städte drohten. Der „Volksbote“ schrieb quer über sämtliche Spalten: „Polens Ueberfall im Sicht!“ und rief zur schärfsten Wachsamkeit auf. „In allen Schattierungen wurde in den deutschen Zeitungen die polnische Putschabsicht ausgemalt und sogar die Anzahl der Truppen angegeben, die sich angeblich jenseits der polnischen Grenze befinden. Die deutschen Zeitungen merkten gar nicht, wie lächerlich sie sich machten, indem sie das selbe Polen, das wenige Tage zuvor völlig zusammengebrochen sein sollte und kaum noch existierte, plötzlich zu einer drohenden Macht emporhoben. Der Hohn des großen Geckreies war klar. Die Öffentlichkeit sollte von der eigenen Verlogenheit und blamablen Sache (Kapp-Putsch, mitlungener Beamten-Generalstreik, allgemeine deutsche Mißstimmung) abgelenkt, wieder einmal irregeführt und bis zu einer besseren Gelegenheit an der Nase herumgeführt werden. Um den Eindruck zu erhöhen, brachte das Wolffsche Telegraphenbüro die Lüge auf, daß die polnische Berufsvereinigung sich von der polnischen Polizei abgewendet habe und geschlossen hinter den Deutschen stehe.

Fälschung politischer Geheimbefehle.

Um die den Polen untergeschobenen Putschabsichten in Oberschlesien glaubwürdiger zu gestalten, wurden in einer politischen Fälschmanufaktur polnische Geheimbefehle angefertigt, die den Plan einer gewaltsamen Einverleibung Oberschlesiens an Polen beweisen sollten. Zum Beweise der Echtheit der Fälsifikate brachte die „Schlesische Volkszeitung“, die sich an die Spitze der deutschen Lügenkampagne stellte, die „Geheimbefehle“ in Faksimile. Die Feinde des polnischen Volkes glaubten durch die Veröffentlichung dieser Fälschung die polnische Propagandatätigkeit verhindern und die polnischen Organisationsbüros vernichten zu können. Die Falschisten wollten aber auch einen Zustand beständiger Nervosität und Unruhe in Oberschlesien aufrecht erhalten, um im Trüben fischen zu können. Vor allem bezweckte der ganze Rügenrummel die Maskierung der eigenen Zerstörung, die Verdrängung der Vorgänge hinter den alldeutschen Kulissen, sowie die Stützung in Reife und Krieg. Wohl selten in einem politischen Kampf ist mit so viel unglaublicher Niedertracht und wüster Verleumdung gearbeitet worden, wie in jenen Tagen. Der deutsche Völk sollte aus dem Lärm der Entrüstung über die gefährlichen Untriebe der Polen nicht herauskommen.

Auf die Aufforderung der „Schlesischen Volkszeitung“ an den Meßplatz-Kommissar Korfanth, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen, erklärte dieser u. a. Folgendes: Ich komme dieser Aufforderung mit größtem Vergnügen nach und kann vor aller Welt erklären, daß es eine militärische Organisation „Komitee zum Schutze Schlesiens“ nicht gibt. In Warschau besteht zwar ein „Komitee zum Schutze Oberschlesiens“, welches von den linksstehenden Volksparteien gegründet worden ist. Dieses Komitee hat jedoch zur Aufgabe, die Bewohner der Republik Polen für die Volksabstimmung in Oberschlesien zu interessieren und Geldmittel zu diesem Zwecke zu sammeln. Irgend eine Betätigung dieses Komitees in Oberschlesien findet nicht statt. Die Tätigkeit der polnischen Volksabstimmungspropaganda in Oberschlesien vollzieht sich im Gegensatz zu der Tätigkeit der deutschen Agitatoren in voller Öffentlichkeit. Die „Schles. Volksztg.“ ist einem deutschen Spitzel zum Opfer gefallen, welcher ihr oder ihren Freunden das Produkt seiner erhitzen Phantasie für schweres Geld verkauft hat. — Ich fordere hiermit öffentlich die Staatsanwaltschaft auf, ein Ermittlungsverfahren in dieser Angelegenheit zu eröffnen und den wahren Sachverhalt festzustellen. Ich stelle mich der Staatsanwaltschaft sowohl als Zeuge, als auch als Angeschuldigter je nach deren Wunsch zur Verfügung. Die sensationelle Schwindelnachricht der „Schles. Volksztg.“ ist schleunigst durch das Wolff-Büro allen ober-schlesischen Zeitungen übermittelt und von denselben zwecks Verunsicherung der Bevölkerung weiter verbreitet worden. Ich weiß im Voraus, daß die „christlichen“ Blätter deren Wahrheitsliebe während des Weltkrieges ebenfalls eine niederdrückende Niederlage erlitten hat, von meiner Erklärung keine Notiz nehmen werden. Ich möchte, aber bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, alle anständigen Leute auf das Treiben des Wolffbüros in Oberschlesien aufmerksam zu machen, welches die schamlosesten Lügen fortwährend in die Welt setzt, um die ober-schlesische Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Bojciech Korfanth

Haarträchtige Fortsetzung der deutschen Lügenkampagne.

Trotz Korfanth's Anrufung der Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines Strafverfahrens blieb die deutsche Presse bei ihrer verstockten Behauptung, daß die Dokumente echt seien. Damit die Wirkung der Lüge nicht ausbleibt, wurden die „Geheimbefehle“ als Flugblätter gedruckt und in ganz Oberschlesien verbreitet. Die „katholische“ „Schles. Volksztg.“ trug keine Bedenken, die Gegner des Verbrechens zu bezichtigen und ließ auch nicht den geringsten Zweifel offen, daß es sich um Fälschungen handeln könnte. An der Haltung des führenden Zentrumsorgans konnte man so recht den grenzenlosen Polenhaß im deutschen Lager erkennen.

Als die Urkundenfälscher wohl sahen, daß der Schwindel offenbar wurde und nur die allerbilligsten Leute an die Echtheit der Geheimbefehle zu glauben schienen, wurde eine neue sensationelle Verleumdung, diesmal gegen die Person Korfanth's in die Welt gesetzt. Eine Sonderkorrespondenz verbreitete die Nachricht, daß unter den vielen Menschenkompromittierender Art die bei der russischen Umwälzung den Volkshewisten in die Hände gefallen sind, sich auch eine Anzahl von Geheimbriefen befinden, die der frühere deutsche Abge-

ordnete Korsantch seinerzeit von Deutschland aus an die Regierung des
Naren geschickt hat. Es ging aus diesen Dokumenten hervor, daß der
großpolnische Patriot und Demokrat in Wirklichkeit Jahre hindurch
ein Agent und Spion des Zarismus gewesen ist.

Auf diesen Unsinn konnte Herr Korsantch lächelnd folgendes
erklären: Es ist natürlich eine böswillige Erfindung, deren Zweck allem
durchsichtlich ist, daß ich je Briefe an die Regierung des Naren ge-
schickt hätte. Ich hätte die interessierten deutschen Kreise schleunigst
ihre guten Beziehungen zu den Poltschewisten zu benutzen und in Fal-
simile meine Geheimbriefe an die zaristische Regierung zu veröffent-
lichen, die Originale meiner Geheimbriefe aber einer aus Deutschen
und Polen zusammengesetzten Kommission zur objektiven Prüfung vor-
zulegen. Außerdem verpflichte ich mich demjenigen 100 000 Mark in
deutscher Valuta zu bezahlen, welcher mir auch nur einen dieser Ge-
heimbriefe an die zaristische Regierung vorlegt. Das Geld habe ich
heute in der Bank Ziemski zu Benthien OS., Bahnhofstraße deponiert.

Wojciech Korsantch.

Obwohl nun jedem deutschen Manne Gelegenheit geboten war,
Herrn Korsantch zu kompromatieren und außer dem Sündenlohn, den
er von den deutschen Kreisen empfangen, noch dazu 100 000 deutsche
Reichsmark in leichtester Weise zu verdienen, hat sich bis heute kein Ehren-
mann gefunden, das politische Geschäft zu machen.

Die deutsche Presse, die jubelnd verkündete, die Rolle des Herrn
Korsantch dürfte damit wohl ausgespielt sein, verfiel in eine Grabes-
stimmung und schwieg sich aus.

Die Fälschung der „Schles. Volksztg.“ hat großes Aufsehen
erregt und grell die Kampfesweise des Zentrums gegen die polnische
Bevölkerung beleuchtet.

Der „Protest“ der deutschen Regierung.

Während der Staatsanwalt, der zur Einleitung eines Straf-
verfahrens öffentlich aufgefordert wurde, sich in tiefes Schweigen hüllte,
ging die deutsche Regierung auf den Schwirbel der Urkundenfälscher
ein. Das Wolff-Büro verbreitete in sensationeller Aufmachung die
Nachricht, daß die deutsche Regierung an den Vorsitzenden der Inter-
nalliierten Kommission in Oppeln eine Protestnote überreicht hat. In der
die Deutschen auf Grund der von ihnen gefälschten ange-
sehenen Dokumen-
te polnischer Geheimorganisationen von den Internalliierten Be-
hörden die Auflösung der „aufrührerischen“ polnischen Organisationen
in Oberschlesien und die Verweisung aller Mitglieder verlangten.
Sieben gefälschte Urkunden legte die Regierung dem offiziellen Protest
bei. Damit hat die deutsche Regierung wider Willen den Wunsch
Korsantchs erfüllt.

Darauf veröffentlichte der polnische Plebiszit-Kommissar nach-
stehende Erklärung: Das Wolff'sche Büro verbreitet die Nachricht, daß
die deutsche Regierung dem Herrn Vorsitzenden der Internalliierten
Kommission in Oppeln, General Le Rond eine Note nebst verschiedenen
Anlagen betreffend eine angebliche gewaltthame Umwälzung in Ober-
schlesien zu Gunsten Polens hat überreichen lassen. Die deutschen Ge-
schäftssträger in London, Paris und Rom haben die dortigen Re-
gierungen von der General Le Rond überreichten Note in Kenntnis
gesetzt. Die Note betrifft die von der „Schles. Volksztg.“ veröffent-
lichten gefälschten Dokumente über das Bestehen einer polnischen

Militärorganisation in Oberschlesien und über deren angebliche Mobilisation in acht ober-schlesischen Kreisen. Der Zweck des deutschen Mandatvers ist zu leicht ersichtlich. Strebt man doch auf deutscher Seite nur an, die Leiter der ober-schlesischen polnischen Propaganda aus dem Bunde zu entfernen. Schlotternde Angst und helle Verzweiflung über den sich vollziehenden Verlust Oberschlesiens für Deutschland, treiben die deutschen Kreise wiederum auf ihnen seit langer Zeit bekannte Wege der Fälschung und der Zerschörung der öffentlichen Meinung. Ich kann der deutschen Regierung versichern, daß weder in Oppeln noch in Paris, London und Rom so simple Gemüter vorhanden sind, welche auf die plumpen deutschen Fälschungen hereinfallen würden. Im übrigen kann ich nur meiner hohen Befriedigung Ausdruck geben, daß endlich durch das „diplomatische“ Vorgehen der deutschen Regierung ein Forum geschaffen worden ist, welches nun Gelegenheit erhalten wird, die deutschen Anschuldigungen einer objektiven Prüfung zu unterwerfen und die angeblichen polnischen Geheimdokumente als das festzustellen, was sie in Wirklichkeit sind: Mit amtlichen Geldern fabrizierte Fälschungen.

Ich kann der deutschen Regierung schon heute erklären, daß sie bei dieser Gelegenheit ihr blaues Wunder erleben wird, denn ich werde nicht verfehlen, hierbei die deutschen mit Wissen und Willen der deutschen Regierung inszenierten verbrecherischen Umtriebe in Oberschlesien zu enthüllen. Mir ist davon mehr bekannt, als die Herrschaften ahnen. Ich werde bei dieser Gelegenheit nachweisen, daß die deutsche Politik der jetzigen angeblich demokratischen Regierung ebenso verlogene und verworfene Mittel anwendet wie es die Wilhelminischen Regierungen getan haben. Den Kampf mit den Berliner Herrschaften und den Safatisten fürchte ich nicht. Ich führe ihn seit 18 Jahren und in diesem Kampfe bin ich bis jetzt stets der Sieger geblieben.

Die von deutschen amtlichen Kreisen vorbereiteten Gewalttaten, welche in Oppeln, Ratibor, Rojel, Oberglogau, Lublinitz und an anderen Orten gegen die ruhige polnische Bevölkerung, welche ohne feindliche Absichten gegen die Deutschen in die Städte Oberschlesiens zur friedlichen Manifestation gezogen ist, die nichtswürdige Lügenkampagne, welche offiziell gegen die polnische Bevölkerung Oberschlesiens gegen ihre Führer und gegen den polnischen Staat geführt wird, werden die Kraft und den festentschlossenen Willen der polnischen Bevölkerung, sich mit ihrem Mutterlande Polen zu vereinigen, nicht brechen, sondern noch zu energischerer Anstrengung aufspornen.

Alle ruhigen und besonnenen Leute in Oberschlesien ermahne ich, sich von den deutschen Umtrieben, welche zu gewaltthätiger Katastrophe treiben, fernzuhalten, vielmehr zusammen mit den breiten Volksmassen an der glücklichen Zukunft Oberschlesiens mitzuarbeiten.

W. Korsantj.

Die deutschen Rutschabsichten in Oberschlesien.

Wir haben schon oben gesagt, daß das große Geschrei der deutschen Presse von einem beabsichtigten Ueberfall der Polen in unser Land nichts weiter als eine Maschierade der eigenen Absichten ist. In einer anscheinend auf offiziellen Quellen stammenden Depesche aus Breslau brachte das „Berliner Tageblatt“ die Nachricht, daß Reichswehrtruppen in den letzten Tagen (8. Mai) sich an der Grenze Oberschlesiens konzentrieren. Angeblich sollten bei „polnischen Spionen“

In Mittelsch Briefe gefunden worden sein, aus denen hervorgeht, daß Polen einen Ueberfall auf Mittelschlesien plane. Diesem ist nach den gemachten Erfahrungen niemals verlegen, wann es sich um Herstellung des „Dokumenten“ handelt, aus welchen hervorgehen soll, daß Polen dies oder jenes plane. Der kompetente Vertreter der deutschen Regierung erklärte damals, daß ein Ueberfall, bezw. eine Besetzung Oberschlesiens durch Polen ernstlich kaum in Erwägung zu stehen sei. Im Richte dieser Meinung erschien die Konzentration der Reichswehr an der Grenze Oberschlesiens als ein nicht mißzuverstehendes Zeichen der Absichten der Berliner Regierung. Es besteht in der Tat ein fein ausgedachter Plan eines militärischen Ueberfalls, doch ist dieser nicht von Polen, sondern von den Deutschen in Erwägung gezogen. Es sammelt in Oberschlesien von Reichswehrsoldaten in Zivil, die für den Fall der Auflösung der Sicherheitswehr in Aktion treten sollen.

Am 8. Mai brachte die „Grenzzeitung“ nachstehende Notiz:

Seit einigen Tagen rollen Güterzüge nach Oberschlesien, in denen sich je 5 bis 6 abgeschlossene Wagen mit angeblicher Sicherheitswehr in grünen Uniformen befinden. Mit dem Zuge 8281 kamen am 4. Mai zehn Waggons mit bewaffneten Mannschaften nach Radomitz. Es ist außerdem einwandfrei festgestellt, daß die Deutschen in Zivil gekleideten Ersatztruppen, welche in Dapeln die Polenprogramme inszeniert und die polnischen Druckereien geführt haben, in Zivil gekleidete Reichswehrtruppen waren.

Oberschlesien von deutschen Truppen besetzt.

Tatsächlich ist es den Deutschen gelungen, Oberschlesien mit einer zahlreichen Armee bereits zu besetzen. Es sind im Ganzen über 20 000 Mann in Zivilkleidung in Oberschlesien anwesend und in den derstündlichsten Gegenden des Landes untergebracht. Die Sicherheitswehr wurde entgegen den Vorschriften der Interalliierten Kommission bedeutend vergrößert. Die Mannschaften sind in Dörfern, in den Wäldern und in den Städten bei deutschen Beamten und Kaufleuten und Privatquartieren logiert. Ebenso wurden auch die Mannschaften der Reichswehr über ganz Oberschlesien verteilt. Die Sicherheitswehr ist des Nachts mit der Verteilung der Waffen und der Munition über das ganze Land beschäftigt. Diese deutschen militärischen Maßnahmen vollziehen sich in Oberschlesien, obwohl das Land durch die Entente zentralisiert ist und seine Bewohner sich auf die Abstimmlung vorbereiten. Die Vorgänge beweisen aber auch, daß die Deutschen an einen für sie günstigen Ausgang des Meißner nicht glauben und es daher vorziehen, das Land durch einen Gewaltstreich für sich zu retten. Angesichts dieser Sachlage erscheint der Verteidigungsstreikzug mit Hilfe der gefälschten Dokumente gegen Polen in einem besonders grellen Richte.

Weitere 100 000 Mark zu verdienen.

Der „Oberschlesische Wanderer“ und andere ober-schlesische deutsche Blätter verbreiteten im Anschluß an einen Artikel der obfuren Korrespondenz „Dona“ die Nachricht, daß ein schweizerischer Regierungsrat, der „Genosse“ Dr. Hermann Blocher aus dem Munde eines der bekanntesten russischen Sowjetführers die Kunde erhalten hat, daß Morosani, als er noch preussischer und deutscher Abgeordneter war, Berichte an die zaristische Regierung geschickt habe. Diese Dokumente flüßte in Anbetracht des Vormarsches der Polen nach der Ukraine die

Sonstregierung bald veröffentlichten. Die Galaktiken wollten um jeden Preis den verhassten Gegner Korsanth, der ihre verbrecherischen Pläne stets rechtzeitig durchkreuzte, zur Strecke bringen. Auch diesmal konnte Herr Korsanth lächelnd nachstehendes erklären:: Um die Bemühungen des Genossen Hermann Blocher anzuspornen, lege ich hiermit weitere 100 000 Mark aus, die ich in der Bank Riemski in Beuthen deponiert habe. Wenn der „Genosse“ Blocher mir auch nur einen von mir geschriebenen Originalbericht oder Brief an die Ratenregierung vorweist, können nach Prüfung des Dokuments durch objektive Sachverständige die von mir nun ausgetobenen 200 000 Mark, er selbst oder seine ruffischen und deutschen Helfershelfer abheben. Verlockender kann ich den „Ehrenmännern“ die Arbeit nicht machen. W. Korsanth.

Auch diesmal hat sich trotz des sehr verlockenden Angebots niemand gefunden, um den Beweis für die verleumderischen Behauptungen zu erbringen.

Auch die deutsche Presse ist merklich leinalaut geworden.

Die Demasrierung der deutschen Nationen.

Das verbrecherische Treiben des zahlreichen, von der deutschen Regierung bezahlten lichtscheuen Gefindels erreichte eine bringende Abwehr. Unter dem Pseudonym „Eberstes“ ersolaten polizeireue in der „Oberhiesischen Grenzzeitung“ mit der Ueberschrift: „**Kleine Anfragen**“ auflehnenerregende Einzelheiten aus dem unterirdischen Labyrinth der alldeutschen Wühlereien. Die Anfragen lauteten:

An Herrn Pfarrer Ullgla!

Nachdem Sie nun Vorsitzender des oberhiesischen Zentrums geworden sind und als solcher sich als Oberhäupter christlicher Moral im öffentlichen Leben gebärden, fragen wir Sie an:

1. Ist es wahr, daß Sie von Göring, der ganze Ströme Bluts des katholischen Volkes Oberhiesiens vergossen und sein Staatsamt zu gewöhnlichen Schiebungsn zwecks persönlicher Bereicherung mißbraucht hat, einmal 50 000 Mark und ein anderes Mal 30 000 Mark Geld in Form von Schecks auf die Breslauer Filiale der Dresdner Bank genommen haben?

2. Ist es wahr, daß Ihre politische Moral auf dieselbe Stufe gesunken ist, wie die des sozialdemokratischen Agitatoren Klose in Beuthen OS., der von dem Schieber und Mörder des katholischen Volkes Oberhiesiens diversen Schecks von 30 000 und 50 000 Mark auf dieselbe Bank erhalten oder von dem galaktischen sich aber demokratisch gebärdenden Dr. Bloch in Beuthen OS., der ebenfalls Handgelder von Göring genommen haben?

3. Ist es wahr, Herr Pfarrer Ullgla, daß Ihr Schildknappe, der christliche Gewerkschaftssekretär Ehrhardt Ihrem Beispiel folgend, ebenso wie Sie, Göring'sche Gelder geschluckt hat?

4. Ist es wahr, Herr Pfarrer Ullgla, daß Sie von dem getauften Juden Strauß aus Köln, 2 Millionen Mark zwecks Irreführung des politischen Volkes erhalten haben?

5. Ist es wahr, Herr Pfarrer Ullgla, daß Sie gleich Ihren Genossen im Rahmen keine Rechenschaft über die empfangenen Gelder legen?

Eberstes.

An den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Herrn Göring,
während Staatskommissar für Schlesien.

Ich frage den jetzigen Oberpräsidenten in Magdeburg, Herrn Göring an:
1. Haben Sie im Juli und August 1933 als Staatskommissar für Schlesien zwei Waggons Zigaretten mit Hilfe des Kaufmanns Juliusburger und Mithras verladen und den Verdienst in Ihre Tasche gesteckt?

2. Haben Sie in denselben Zeit Schiebungsn mit 5 Waggons Zitronen und Apfelsinen und „Galaktiken“ mit Waren gemacht und den Schieberlogen angestekt?

Haben Sie Ihr Amt mißbraucht und amtliche Befehle an die Bahn- und Zollbehörden gegeben, wo es sich um Ihre Schiebergeschäfte handelte?

1. Haben Sie von der Reichsstelle für Schuhversorgung im Januar 1920 40 000 Paar Schuhe zur direkten Verteilung an die arme Bevölkerung Oberschlesiens erhalten, zum Preis von 15.—, 18.— und 21.— Mk. das Paar und den größten Teil davon mit Hilfe des Kaufmanns Hamburger-Deutens OS., Gymnasialstraße zum Preise von 35.— Mk. das Paar verschoben?

Ist es wahr, daß diese Schieberbeute zwischen Ihnen, Hamburger und Ihren Kumpan Jablonski verteilt worden ist? Therapies.

An den Preussischen Ministerpräsidenten in Berlin.

Geehrter „Genosse“ Ministerpräsident!

Ich frage an:

1. Ist es Ihnen bekannt, daß der Ihnen unterstellte Geheimdelegationsrat Freund in Berlin die Fälsche verbreitet, daß Korfanty der deutschen Regierung einen Entwurf über die Schaffung eines selbstständigen Staates bestehend aus Oberschlesien, Polen, West- und Ostpreußen mit einer Kampffront gegen das frühere Kongresspolen überreicht und dafür eine Summe von 12 Millionen Mark verlangt haben soll?

2. Ist Ihnen bekannt, daß der Kriminalkommissar Wetzel (der hirt auf einen gefälschten, auf den Namen Kengert lautenden Paß sein Unwesen treibt) in Katowitz, Schillerstr. 9, dort bei Bückle im Verein mit seinen verbrecherischen Kumpanen den Plan erwogen, auf alle Fälle Korfanty umzubringen?

3. Ist Ihnen bekannt, daß derselbe Spitzel an derselben Stelle den Plan entwirft hat, Korfanty mit 3 Millionen Mark zu bestechen?

4. Was gedenken Sie „Genosse“ Ministerpräsident zu tun, um diese Verleumdung, Verbrecher und Vergiftet des öffentlichen Lebens der gerechten Strafe zuzuziehen? Therapies.

An den Landrat des Kreises Tarnowitz, Herrn von Brodhusen?

Sehr geehrter Herr Landrat! Ich frage Sie an:

1. Ist Ihnen bekannt, daß der „edle“ Herr von Brodhusen im April d. J., ich kann auf Wunsch mit genauen Datum dienen, durch die Vermittlung des von Berlin hier hergeschickten Agenten Majorszyl 6000 Mark von dem Berliner Kriminalkommissar Wetzel, der hier in Oberschlesien unter dem falschen Namen Kengert früher Katowitz, Hotel Manapol, Zimmer 6 und 7, Telephon Nr. 140 und 141, jetzt in Gleiwitz, Deutsches Haus, Zimmer 3 seine verbrecherische Tätigkeit ausübt, in Empfang genommen hat?

2. Ist Ihnen bekannt, daß der „edle“ Herr von Brodhusen diese 6000 Mark dazu verwendet hat um den Spitzel und Helfershelfer der Fälscher der in der „Schles. Volkszeitung“ veröffentlichten angeblichen polnischen Geheimdokumente über die polnische Verschwörung zu bezahlen?

3. Ist Ihnen bekannt, daß der „edle“ Herr von Brodhusen zusammen mit dem Kreiskretär Dr. Wetzel an der Beschaffung dieser „angeblichen“ polnischen Geheimdokumente mitgearbeitet hat?

4. Was gedenkt der Landrat von Tarnowitz zu tun, um den „edlen“ Herrn von Brodhusen und seinen Helfershelfer Dr. Wetzel dem Strafgericht wegen Beihilfe zur Urkundenfälschung und Mißbrauch des Amtes zuzuführen? Therapies.

An den Landrat des Kreises Rybnik, Herrn Dr. Lufaschel!

Herr Landrat! Ich frage Sie an:

1. Halten Sie es mit der sogenannten deutschen Treue und der hochgeachteten preussischen Beamtenangewissenhaftigkeit für vereinbar, eine Doppelstellung einzunehmen, indem Sie in einer Person und zugleich Landrat des Kreises Rybnik und Leiter der deutschen Propaganda sind?

2. Berücksichtigen Sie in Ihrer Doppelstellung nicht die Interalliierte Regierungs- und Plebiszit-Kommission, die Ihre vorgesetzte Behörde ist, und mitzuberufen Sie nicht Ihr Amt, das Sie unparteilich verwahren sollen?

3. Halten Sie es nicht nur mit der Beamtenethik, sondern mit dem Anstandsgefühl eines Durchschnittsmenschen für vereinbar, daß Sie sich am 10. April d. J. auf Antrag des Spitzels Kengert — richtiger Name Wetzel — von Berliner Plebiszitpräsidenten einen falschen Paß auf den Namen Karl Woskub, geboren 1875 aus Charlottenburg, Frankfurtendamm haben ausstellen lassen, um freier und ungehinderter Ihre verbrecherische Tätigkeit ausüben zu können? Therapies.

Zweite Anfrage an Herrn Pfarrer Althaus!

Auf meine Anfrage an Sie vom 11. Mai an dieser Stelle haben Sie nicht geantwortet. Dafür hätte Sie der „Oberschlesische Kurier“ herauszugeben

haben, indem er behauptet, daß Sie nur beschuldene Gelber aus Parteilmitteln erhalten hätten. Nach Feststellung des „Oberstl. Kuriers“ ist also der Mörder des obereschlesischen katholischen Volkes und der Schieber Hörning Ihr Parteifreund, denn ich bin in der Lage, dokumentarisch nachzuweisen, daß Sie von ihm Gelder genommen haben. Ist der genannte Kölner Jude, der in Wirklichkeit nur ein Mittelsmann der deutschen Regierung, auch Ihr Freund?

Ich frage Sie nun weiter, Herr Herrer Mügg: :

1. Haben Sie über die Verwendung dieser Schmiergelder Rechenschaft abgelegt?

2. Ist der mit falschen Pässen arbeitende Epipel Mengert, alias Weikel auch Ihr Parteifreund, da Sie doch durch dessen Vermittlung auch Gelder genommen haben?

Therapies.

Keiner der Angefragten hat bis jetzt auch nur mit einer Silbe geantwortet.

Die Spionageorganisation der deutschen Regierung in Oberschlesien. Aufsehen erregende Enthüllungen über die Tätigkeit der deutschen Epipel. — Das ganze Material wurde der Interalliierten Regierungskommission und Wohlfahrt-Kommission unterbreitet.

Die deutschen Behörden sind nicht wählerisch bei der Auswahl ihrer Mittel im politischen Kampf. Seit unendlichen Zeiten verschmäht der Breuze in politischem Kampf weder falsche Dokumente, noch gefälschtes Geld, noch Lüge und Trug, noch Mord und rohe Gewalt. Zur Illustration des edlen preußischen Charakters listen wir ein wenig den Vorhang und lassen die obereschlesische Bevölkerung einen Blick tun hinter die preußischen Kulissen.

Am 6. Januar 1920 wurden von dem Polizeipräsidentium in Berlin, Alexanderplatz, Abteilung Ia, Politische Abteilung 18 zum größten Teil polnisch-sprechende Kriminalkommissare, bezw. Wachmeister und drei sogenannte Damen nach Oberschlesien mit besonderen Aufträgen geschickt. Diese Abteilung Ia ist in zwei Unterabteilungen eingeteilt, von denen die eine militärische Spionage betreibt, vom Polizeirat Koch geleitet wird und sich im Zimmer 173 befindet. Die andere Unterabteilung umfaßt den politischen EpipelDienst und wird von dem ehemaligen Staatsanwalt, Regierungsrat Frohitz geleitet. Diese Abteilung befindet sich im Zimmer 173 des Polizeipräsidentiums. Die nach Oberschlesien abgeschickten Spione wurden mit falschen Pässen versehen, welche im Zimmer 177 des Polizeipräsidentiums angefertigt wurden. Alle diese Pässe sind durch die Wachmeister Schumberger und Maehl unterzeichnet, die treuen Mitarbeiter Kochs.

Die männlichen Spione haben den Auftrag erhalten, das ganze politische und wirtschaftliche Leben der Polen in Oberschlesien, sowie die interalliierten Truppen und ihre militärischen Maßnahmen zu beobachten und nach den deutschen Zentralen in Breslau, bezw. Berlin zu berichten. Auf Wunsch sind wir bereit, derartige gefälschte Pässe den interalliierten Behörden zur Verfügung zu stellen. Der eigentliche Führer dieser Epionenstaffel und zugleich Leiter der geheimen deutschen verbrecherischen Propaganda in Oberschlesien ist „Herr“ Dr. Epiedert, welcher bis Mitte März d. J. im Savoy-Hotel in Katowitz wohnte und sich jetzt in Breslau, Lanzenklosterplatz aufhält. Seiner Tätigkeit hat die deutsche Regierung insofern ein Mäntelchen umgehängt, als ihn der Reichskommissar für öffentliche Ordnung zu seinem Vertrauensmann ernannt und die deutsche Regierung ihn den interalliierten Besatzungsbehörden als eine Stelle zur Bekämpfung der bolschewistischen Gefahr präsentiert hat. Herr Geheimer Regierungsrat Kalle rühmte in einer vertraulichen Sitzung, daß es Epiedert gelungen

let. das Vertrauen der Polizeibehörden sich zu verschaffen. Wir können aber Herrn Kalle heute verraten, daß wir die Internationalen Kommission rechtzeitig über die wahren Aufgaben des Herrn Spiedert in Oberschlesien aufgeklärt haben und daß man Herrn Spiedert hat tun lassen, um den Beweis zu erbringen, wie die deutsche Regierung durch jedes Mittel den Friedensvertrag sabotiert. Der Führer der Spionerstafel in Oberschlesien selbst ist der Kriminalkommissar Weigel, der sich hier in Oberschlesien auf Grund eines falschen Passes auf den Namen Rengert in Rattowitz im Hotel Monopol, Zimmer 5 und 6 aufgehalten hat und bisweilen sich als der Vertreter der Firma „Mag Beumer, Betriebsbedarfartikel für Eisenbahn-, Straßenbahn- und Großindustrie, Berlin-Friedenau,“ präsentierte. Telefonisch war der Wiedermann unter Nr. 140 und 141 zu erreichen. Sein Büro befand sich Schillerstraße 9 bei Frau Viskke, bis das romantische Verhältnis zwischen Frau Viskke und dem deutschen Spion ein Ende nahm. Um Frau Viskke zu kompromittieren, hat die deutsche politische Kriminalpolizei neuerdings bei ihrer früheren Gehilfin eine Spiehküche entdeckt. Der Vertreter des Weigel ist Bachmeister Dreher aus Berlin, Kasernenstraße 1, der hier auf den falschen Namen eines Oberingenieurs Dehn mit Rengert zusammen keine verbrecherische Tätigkeit entwickelt. In letzter Zeit war Herr „Rengert“ zusammen mit Herrn „Dehn“ nach Gleiwitz, Hotel Deutsches Haus, Zimmer 3 übersiedelt. Als die kleine Anzeige an Weigel in der „Grenzzeitung“ erschienen war, zog es Herr Weigel alias Rengert vor, mit seinen Gehilfen aus Oberschlesien schleunigst zu verduften.

Herrn „Rengert“ unterstehen folgende „Herren“ und „Damen“:

1. Wilhelm Kuloff, Gleiwitz,
2. Michael Studzinski, Ratibor,
3. Wiczorek, Klesz,
4. Andreas Pofial, Godel,
5. Renk, Königschütte,
6. Majorek, Rattowitz,
7. Bauch, Mysłowitz,
8. Reinf, Mysłowitz,
9. Kulik, Tarnowitz,
10. Fräulein Jentsch, Sekretärin bei „Dehn“,
11. Anurom, Oppeln, attachiert beim Fürsten Hatzfeld,
12. Liburski, Zabrze,
13. Fizek, Beuthen,
14. Negota, Rattowitz, in der Rolle eines Hausdieners beim O. Berg- und Hüttenm. Ver.
15. Wisniewski, Kbnais,
16. Rehberg, Beuthen,
17. Schauspieler Neumann, Königschütte,
18. Luise Großkauer, Rattowitz, zuletzt in Oppeln,
19. Grn Wiener, Richter des obengenannten Schauspielers Neumann.

Der Spizel Rehberg versuchte einen Spion in das polnische Bleibzeit-Kommissariat einzuschmuggeln, und er hatte den besonderen Auftrag, dem polnischen Kommissar Korsanth, wichtiges Material einzuwenden zu lassen. Die deutsche Regierung hat den Auftrag gegeben, Korsanth um jeden Preis zu Falle zu bringen. Außerdem hatten die Espione den besonderen Auftrag, die französischen Zufahrtsstraßen und Verbindungswege, sowie die Munitionsdépôts, Truppenstärke und ihre

Veränderung, sowie Dislokation der alliierten Streitkräfte auszuführen und die Meldung an Kengert weiter zu geben. Von den sogenannten „Damen“ hatte die Großkauer, die perfekt englisch spricht und während der Kriegszeit in den Diensten des deutschen Admiralsstabes tätig war, den Auftrag, die Engländer auszufundschaffen. Die Wiener, die gut französisch spricht, sollte mit den Franzosen in Verbindung treten und sie anshorchen. Im Kattowitzer Kabarett „Trocadero“ war außerdem im Auftrage der Berliner politischen Polizei ein Fräulein „Friedel“ tätig, um den französischen Offizieren Geheimnisse zu entlocken.

Hand in Hand mit dieser Verbrecherbande arbeiteten u. a.: der Chefredakteur der „Ostdeutschen Morgenpost“, Trüd, der Polizeidirektor Schwendy aus Kattowitz, der Polizeiprofessor Hörstke dabelbst, der Polizeisekretär Gustav Feind dabelbst, der Landrat von Rhinif Dr. Busaschel, der sich durch Vermittlung des Weigel einen falschen Paß auf den Namen „Karl Gottlieb“ zu keinen Spionagezwecken hat ausstellen lassen, der Landrat des Kreises Larnowitz, von Brodhusen, der Alois Bronobis, alias Wialer aus Wittkow, neben dem Buchhändler Bronobis der ehrenwerte „Diener“ Gottes Miska, der Führer der heimatstreuen Oberschlesier Dr. Quaker, der Oberpräsident von Schlesien, Herr Bitta u. a. Ehrenmänner mehr.

Das ganze Material wurde der Interalliierten Regierungs- und Weisungs-Kommission unterbreitet und durch die berufenen Faktoren dem Votschakterrat in Paris und den Regierungen in London, Paris und Rom das Material in seiner ganzen Vollständigkeit überliefert lassen, damit sie sich ein Urteil über die berühmte deutsche Treue bilden und den guten Willen der deutschen Regierung, den Friedensvertrag zu erfüllen, erkennen.

Korjantins offene Anfrage an den deutschen Reichsfanzler!

Beeinflußt von deutschen amtlichen Stellen und von den deutschen mit amtlichen Geldern unterhaltenen Propagandazentren verbreitet die deutsche Presse beständig Nachrichten über angebliche polnische Verschwörungen in Oberschlesien, über starke polnische Truppenkonzentrierungen an der schlesisch-polnischen Grenze und über den drohenden Stumarisch der polnischen Armeen in Oberschlesien zu dem Zweck durch Verletzung des Friedensvertrages Oberschlesien unter Umgehung der Volksabstimmung gewalttätig zu Polen zu schlagen. Ihre Agenten haben sich nicht scheut, für von deutschen amtlichen Stellen gelieferte Gelder falsche Dokumente herzustellen, die den Beweis erbringen sollten, daß in Oberschlesien eine polnische Verschwörung zwecks gewalttätiger Angliederung Oberschlesiens an Polen bestehe. Viele Dokumente haben sich als grobe und ungeschickte Fälschung erwiesen. Ich fordere Sie hiermit an, die Staatsanwaltschaft anzuweisen, ein Verfahren gegen die Beschuldigten einzuleiten, damit endlich diese infame deutsche Spielarbeit zur Beruhigung der anständigen deutschen Bevölkerung aufgeklärt und als das festgestellt wird, was sie in Wirklichkeit ist: als ein Versuch der Zerrföhrung der öffentlichen Meinung mit untauglichen Mitteln. Nebenbei bemerke ich, daß sämtliche in den angeblich polnischen Dokumenten genannten Personen soweit sie wirklich existieren und soweit sie in Oberschlesien wohnen, ihren Wohnort nicht verlassen, soweit sie aber innerhalb der Grenzen der Republik Polen wohnen, bereit sind, gleich wie die erstere vor einem obereschlesischen

Gericht zu erscheinen. Keiner von uns wird das Beispiel der deutschen Epizel befolgen, welche nach der Veröffentlichung in der Zeitung Oberschlesien bei Nacht und Nebel verlassen haben. Die deutsche Regierung hat sogar den traurigen Mut gehabt, eine Note an die Interessirten Regierungen wegen der angeblichen polnischen Verschwörung zu richten. Wir sind ihr äußerst dankbar dafür, denn es ist endlich ein Forum geschaffen, welches objektiv die deutsche Epizelarbeit prüfen kann.

Dieselbe Bewandnis, wie mit der polnischen Verschwörung hat es mit den angeblichen polnischen Truppenkonzentrierungen an der schlesisch-polnischen Grenze. Ich klage die deutsche Regierung an, daß sie bewußt falsche Nachrichten durch eine feile, ihr gefügige Presse in die Welt hinausgehen läßt, um Oberschlesien nicht zur Ruhe kommen zu lassen, weil sie glaubt, Oberschlesien nur noch durch Unruhe, Terror und Gewalt behalten zu können.

In diesen Tagen ist in den obereschlesischen Blättern durch das Wolff'sche Büro eine amtliche Mahnung an Oberschlesien verbreitet worden, welche die falschen Gerüchte über polnische Truppenkonzentrationen an der schlesisch-polnischen Grenze und über die angebliche Gefahr des polnischen Einmarsches in Oberschlesien sich zu eigen macht. Damit hat die deutsche Regierung selbst die Verantwortung für diese Nachrichten übernommen.

Ich behaupte nur, daß die deutsche Regierung, als sie diese „amtliche Mahnung an Oberschlesien“ in die Welt hinausgehen ließ, bewußt die obereschlesische Bevölkerung belogen hat und zwar nur zu dem Zwecke, um den deutschen Bevölkerungssteil gegen die polnische Bevölkerung aufzureizen, die Gegensätze nur noch mehr zu verschärfen, den Bürgerkrieg in Oberschlesien hervorzurufen und durch diese Gewaltthätigkeiten und Unruhen die Volksabstimmung in Oberschlesien zu hintertreiben.

Tatsache ist nämlich, daß die deutsche Regierung selbst an einen polnischen Einmarsch in Oberschlesien, an polnische Truppenkonzentrationen an der schlesisch-polnischen Grenze gar nicht glaubt. Als Beweis für meine Behauptung führe ich folgende Tatsache an:

Am 13. April d. J. hat in Breslau eine, das obereschlesische Abstimmungsgebiet betreffende Versammlung stattgefunden. An dieser Versammlung haben teilgenommen:

1. Oberregierungsrat Dr. Alch, welcher seinerzeit im preussischen Ministerium des Innern das obereschlesische Referat hatte und wenn ich nicht irre, jetzt dem Fürsten Hatzfeld zugebeilt ist.
2. Landrat von Baerensprung als Vertreter des Ministeriums des Innern.
3. Geh. Regierungsrat Braukeller.
4. Legationsrat von Moltke, als Vertreter des deutschen Bevollmächtigten für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien.
5. Geh. Regierungsrat Kasse, delegiert vom Staatskommissar für die öffentliche Ordnung.
6. Legationssekretär Meier, als Vertreter des Auswärtigen Amts.
7. Regierungspräsident a. D. von Schwerin.
8. Landrat von Roebel, als Vertreter des deutschen Schutzbundes.
9. der deutsche Bevollmächtigte für den Abstimmungsbezirk Fürst von Hatzfeld und Herzog von Trachenberg.
10. der kommissarische Oberpräsident von Oberschlesien, Bitta. (sic).

11. Landrat von Anhalt-Zuschar, alias Karl Gottlieb als Chef der deutschen Propaganda.
12. Dr. Quetier aus Rattowitz, als Vertreter der „heimattreuen Oberschlesier“.
13. Dr. Reijer, als Vertreter des Berg- u. Hüttem. Ver. in Rattowitz.
14. der Journalist Dr. Schneeweiß, der von der Breslauer Propaganda-stelle zu Espionagezwecken nach Oppeln gesandt ist.
15. der Landgerichtsrat Ernst aus Oppeln, als Vertreter der „heimattreuen Oberschlesier“.
16. der Hauptmann Gude und der Rittmeister Braun, als Vertreter der deutschen geheimen Militärorganisationen in Oberschlesien.

In dieser Sitzung wurde u. a. sehr Interessantes — und ich bemerke, daß ich ganz genau durch einen der Teilnehmer informiert bin — auch die Gefahr eines polnischen Einmarsches erörtert. Allgemein wurde anerkannt, daß diese Gefahr nicht bestehe und daß die betreffenden Zeitungsnachrichten als nicht sonderlich ernst zu nehmen sind. Außerdem wurde den Versammelten vom Herrn von Nolte mitgeteilt, daß General De Rond unter keinen Umständen einen polnischen Rutsch zulassen würde.

Vor drei Wochen hat der deutsche Bevollmächtigte für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien Fürst Hapsfeld an das Auswärtige Amt in Berlin über die Gerüchte betreffend einen polnischen Rutsch und die Gefahr eines polnischen Einmarsches berichtet. In diesem Bericht sagt Fürst Hapsfeld, daß Herr General De Rond bereits zwei Mal mit aller Bestimmtheit ihm versichert habe, daß er den Einmarsch polnischer Truppen nicht dulden würde und nicht daran denke, im Falle von Unruhen, polnische Truppen zu Hilfe zu rufen. General De Rond hat sich hiermit festgelegt“, sagte Fürst Hapsfeld triumphierend. Fürst von Hapsfeld sagte ferner in seinem Bericht, daß die Gefahr des Einmarsches polnischer Truppen ihm nicht allzu groß erscheine. Er rät von einer Konzentrierung deutscher Truppen an der Demarkationslinie ab und warnt vor einem Einmarsch deutscher Truppen in Oberschlesien.

Im Mai d. J. hat der Minister des Innern an den Reichswehrminister ein Schreiben betreffend die angebliche Gefahr des Einmarsches polnischer Truppen in Oberschlesien gerichtet, in welchem u. a. gesagt wird:

„An sich vermag ich den zahlreichen in letzter Zeit auftretenden und insbesondere durch die Presse gehenden Nachrichten von der Zusammenziehung polnischer Truppen an der ober-schlesischen Grenze und über Absichten der Polen, sich demnächst mit Waffengewalt in den Besitz Oberschlesiens zu setzen, keine besondere Bedeutung beizumessen. Ich neige auch der Auffassung zu, daß die in dieser Hinsicht umlaufenden Nachrichten stark übertrieben sind, ja vielleicht sogar eine Erklärung durch die Rekrutierungsorgänge für die bolschewistische Front finden.“

So beurteilte die deutsche Regierung unter sich die angeblichen Rutschabsichten der ober-schlesischen Polen und die angebliche Gefahr des polnischen Einmarsches.

Begründet man diese Beurteilung der Lage in vertraulichen Berichten und Sitzungen durch die maßgebenden deutschen Instanzen mit der wüsten Hetze und der ständigen öffentlichen Beunruhigung der ober-schlesischen Bevölkerung durch dieselben Instanzen in dem bewußten Bestreben Unruhen hervorzurufen, um die ruhige freie Volksabstimmung zu hintertreiben, so muß jeder vernünftige Mensch zu dem

Urteil gelangen, daß die Politik Ihrer „demokratischen“ Regierung, Herr Reichskanzler, ebenso verbrecherisch und verlogen ist, wie die Ihrer kaiserlichen Vorgängerinnen, und daß die Deutschen durch den Krieg und die Revolution nichts gelernt und nichts vergessen haben. Den Beweis hierfür glaube ich erbracht zu haben und werde ihn noch an anderer Stelle in voller Ausführlichkeit führen. Sie, Herr Reichskanzler, von dem ich annehmen will, daß Sie von dem Treiben der Ihnen unterstellten Organe nichts wissen, tragen aber die Verantwortung dafür und Ihre Regierung hat diese Verantwortung durch die Veröffentlichung der „amtlichen Mahnung an Oberschlesien“ übernommen. Ich gebe mich nicht der Hoffnung hin, daß Ihre Regierung die Methoden Ihrer obererschlesischen Politik ändern wird, aber ich glaube dazu beigetragen zu haben, meinen obererschlesischen Landsleuten die Augen zu öffnen und die Aufmerksamkeit der Welt auf die verbrecherische Tätigkeit der deutschen Regierung hinzulenken.

Heuthen, den 16. Mai 1920.

W. Korfant.

Die Dokumente der „Schl. Volksztg.“ eine handhabe Fälschung.

In Ihrer Nummer vom Dienstag, den 18. Mai konnte die „Grenzzeitung“ eine Meldung aus Oppeln veröffentlichen, nach der die Internationale Arbeits- und Regierungskommission zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß die von der „Schl. Volksztg.“ veröffentlichten Dokumente über die angebliche polnische Verschwörung in Oberschlesien eine Fälschung sind. In die dunkle Affäre ist eine Anzahl deutscher Beamten verwickelt, u. a. der Tarnowitzer Landrat von Brandhagen und sein Sekretär Dr. Weiß.

Solange deutscherseits für die Echtheit der angeblichen polnischen Geheimbefehle vor einem neutralen Forum nicht der friedliche Beweis erbracht wird, müssen sich diese Herren gefallen lassen, daß sie politische Fälschmänner sind, die das Leben Oberschlesiens vergiften wollen.

Damit ist die deutsche Lügenmacherei in Oberschlesien restlos entlarvt!

Jetzt gilt es, die Fälscher der „polnischen Geheimbefehle“ ans Licht zu machen, um das verbrecherische Treiben der verhassten deutschen Agitatoren auch nach dieser Richtung festzunageln, damit der Welt die ganze Niedertracht und Gemeinheit gezeigt werden kann, mit der Deutschland seine „Rechte“ in Oberschlesien zu verteidigen sucht. Seinerseits hat Herr Korfant nachstehende Belohnung ausgesetzt:

100 000 Mark Belohnung.

Von einer Fälscherbande wurden der „Schlesischen Volkszeitung“ Dokumente in die Hand gespielt, welche eine angebliche militärische Verschwörung der Polen in Oberschlesien beweisen sollen, um Oberschlesien gewaltsam der Republik Polen einzuverleiben. (Siehe „Schl. Volksztg.“ Nr. 196, 203, 212, 221, 236, 239.) Diese Dokumente sind das Werk der deutschen Spionageorganisation, denn eine solche militärische polnische Verschwörung gibt es nicht, und Polen denkt nicht daran die freie Volksabstimmung in Oberschlesien zu hintertreiben.

Diejenige Person, welche die Fälscher derart benennt, daß ihnen die Täuschung gerichtlich nachgewiesen werden kann, erhält von dem Unterzeichneten eine Belohnung von

100 000 — einhunderttausend — Mark.

Pracownia Slaska

Tragen mehrere Personen zur Entlarbung des Täters bei. So habe ich drei Juristen beauftragen, daß sie die 100 000 Mark entsprechend an die Berechtigten unter Ausschließung des Rechtsweges verteilen.

Butthen, den 20. Mai 1920.

B. Korfant.

Großes Fehraus in Oberschlesien!

Die Wirkung der Artikel in der „Oberschl. Grenzzeitung“ war verblüffend. Schon nach der ersten Heinen Anfrage ist Herr Kengert aus Weibel aus Oberschlesien verduftet. Nach der Veröffentlichung des Artikels über die verbrecherische Spitzeorganisation gab es ein großes Fehraus in Oberschlesien. Die Herrschaften haben Hals über Kopf Oberschlesien verlassen und sind bei Nacht und Nebel verschwunden. Herr Trüd von der „Ostdeutschen Morgenpost“ konnte die verbrecherische Organisation in Oberschlesien nicht leugnen. Er versuchte den Diskussionsgegenstand zu verschieben, aber es wird ihm nicht gelingen, zu entweichen. Auf die Aufforderung der „Grenzzeitung“, Kipp und Klar über seine Mitarbeit in der deutschen Spitzeorganisation zu antworten, hat der „heimatentreue Oberschlesier“ Trüd aus dem Rheinland bis jetzt nicht reagiert.

Auch Herr Dr. Spieckert hatte nach dem ersten Schred das Wort ergriffen und ließ sich von einem Mitarbeiter der „Ostl. Morgenpost“ über die polnischen Enthüllungen ausfragen. Seine Antworten sind sehr interessant, halb Lüge halb Wahrheit. Im Großen und Ganzen der ungeschickte Versuch, sich aus der Schlinge zu ziehen. Er machte ein weitgehendes Geständnis und es besteht nur eine Differenz zwischen ihm und der polnischen Auffassung und zwar in Bezug auf die Art und den Umfang der Betätigung der deutschen Agenten.

Schlusswort.

Die vorstehenden Ausführungen werden dem geneigten Leser ein anschauliches Bild geben von der wüsten Hehe und den raffinierten Machinationen der alldutschen Oberschlesienretter. Alle diejenigen ordnungsliebenden und für ihre Zukunft bedachten Oberschlesier werden sich von dem alldutschen Treiben mit Abscheu abwenden und Anschluss suchen an die polnische, wirklich heimattreue Bewegung zu Gunsten eines Anschlusses an die Republik Polen, deren große Zukunftsmöglichkeit ebenso für die einheimische Industrie, für das Handwerk, das Unternehmertum, sowie für Beamte und Arbeiter so offenbar sind, daß sie jeder, der nur halbwegs über den Stand der Wirklichkeit nachdenkt, zu erkennen vermag. Vor allem ist es notwendig, nicht auf den einseitigen Rat der deutschen Zeitungen zu hören, sondern sich auch mit dem vertraut machen, was von polnischen Seite veröffentlicht wird. Möge sich jeder vertrauensvoll in Fällen des Zweifels an der Ungeheuerlichkeit an das polnische Plebiszit-Kommissariat in Butthen wenden wo ihm bereitwillig jede gewünschte Auskunft in politischen, wirtschaftlichen, beruflichen und gewerkschaftlichen Fragen erteilt wird.

